

**Rede
des Sprechers gegen Rechtsextremismus**

Deniz Kurku, MdL

zu TOP Nr. 2a

Aktuelle Stunde

**Neonazis und Corona-Leugnern entschieden
entgegentreten – Abstand halten zu Extremisten!**

Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 18/7864

während der Plenarsitzung vom 10.11.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

wir alle gemeinsam befinden uns derzeit in einer Phase, die sich so niemand ausmalen konnte. Unser Alltag hat sich durch Aus- und Nebenwirkungen von Covid-19 verändert.

Verantwortungsvolle Politik in diesen Tagen bedeutet natürlich auch, die Balance zu finden zwischen der einst hart erkämpften und erlernten Freiheit und der Sicherheit und der Gesundheit.

Wir genießen die Meinungs- und Pressefreiheit, können hinziehen, wohin wir wollen, berufen uns auf garantierte Schutzrechte gegenüber dem Staat, und manche von uns verwechseln mittlerweile die Politik mit einem Service-Abo, bei dem ich mir nur das aussuche, was gerade passt. Dabei geht's um mehr – nicht nur jetzt.

Jede und jeder von uns muss sich in dieser herausfordernden Zeit persönlich den individuellen Auswirkungen der Pandemie stellen.

So sehr uns die Vorkommnisse vergangenen Samstag in Leipzig schockieren, waren sie kein Unfall, und erst recht kein Zufall. Es ist auch kein Zufall, dass hunderte bundesweit bekannte Neonazis und Hooligans zu den sogenannten „Hygiene-“ und „Querdenken-Demonstrationen“ fahren, um sogar – tragisch genug – für die „Sicherheit“ zu sorgen. Spiegel und ZEIT schreiben von dutzenden Chatgruppen von Querdenkern, in die Neonazis und Reichsbürger eingeladen wurden, mit dem Hinweis, das „deutsche Volk“ dürfe sich nicht spalten lassen.

Klar ist: Kritik darf, Kritik muss sein, auch an Verordnungen. Auch in diesem Hause diskutieren wir sie.

In den Tagen, in denen es Rekordzahlen von Infizierten gibt und es um die Versorgung geht, in einer Zeit, in der viele Menschen in Gesundheitsämtern, Arztpraxen, im Krankenhaus, bei der Polizei, aber auch in der Neuorganisation von Schule, Unternehmen, der Gastronomie ihr Menschenmöglichstes tun, Kulturschaffende, Veranstalter und mehr – in diesen Tagen dürfen wir nicht vergessen, dass es bei all den Maßnahmen darum geht, dieser Pandemie Herr zu werden, damit wir alle in unser altes Leben, so gut es geht und so schnell es geht, zurück können.

Während Menschen einander kaum treffen können, drängeln sich zehntausende Menschen dicht und ohne Maske und ohne Verantwortung, rufen paradoxerweise „Grundrechteentzug“, „Diktatur“, und verharmlosen die dunkelsten Kapitel unserer

Geschichte. Das ist vor allem eines: hochgradig gefährlich. Gefährlich auch für unsere Gesundheit und durch nichts zu rechtfertigen.

Was treibt diese Menschen an, da mitzumachen?

Es ist auch die Unsicherheit. So, wie sich viele von uns in Fragen der Globalisierung, der Digitalisierung, auch in Fragen der Zuwanderung, der sich veränderten Herausforderungen, manches Mal – überfordert in Sorge um das ganz persönliche Leben, den Arbeitsplatz, die Zukunft – wiederfinden.

Wo aber Wut auf Unsicherheit trifft, wittern nicht selten Extremisten ihre Chance. Dass sich die Corona-Pandemie ganz hervorragend eignet, wurde uns nicht allein in Dresden und Berlin vor Augen geführt. Besonders heikel wird es, wenn all das im Netz durch Filterblasen und Echokammern potenziert wird.

Zu sehen auch an den panischen Reaktionen manches Trump-Anhänger, der in Biden die Gefahr der Sozialistischen Staaten von Amerika sieht. Auch hier kann man gar nicht quer genug denken. So wähnen sich Corona-Leugner ernsthaft auf dem geschichtlichen Pfad der Wende und skandieren „Wir sind das Volk!“, während sich Esoteriker bei Impfgegnern unterhaken, Yogabegeisterte zusammen mit Neonazis Lieder anstimmen und Reichsbürger auf einmal gemeinsame Sache mit Friedensbewegungen machen. Ihnen und denen, die etwas weiter in Connewitz aus angeblich linken Motiven Polizei und damit den Staat angreifen, sagen wir ganz deutlich: Der Versuch, aus Unsicherheit Profit zu schlagen und womöglich Chaos zu verursachen, wird scheitern. Ein Weimar 2.0 darf es nicht geben, ein Weimar 2.0 wird es nicht geben!

Von der Exekutive einer wehrhaften Demokratie erwarte ich – von Bund und Ländern – passende Antworten denen zu geben, die meinen, unseren Rechtsstaat herausfordern zu müssen und sogar auf Polizistinnen und Polizisten, Gegendemonstranten und Reporter einschlagen. Die Aufarbeitung scheint in vollem Gange und muss auch erfolgen, natürlich wird auch das OVG-Urteil diskutiert. Antworten müssen schnell gefunden werden, da wir gerade jetzt beobachten können, dass die extreme Rechte strategisch versucht, Schwachstellen auszumachen, um bei der Mehrheit anzudocken und dann als „Wellenbrecher“ zu agieren.

Auch wenn derzeit viele merkwürdige Allianzen geschmiedet werden und Corona für uns alle ein ziemlicher Test ist: Ich bin froh, dass der ganz überwiegende Teil alles dafür tut, dass wir das gemeinsam überstehen und wir vor allem weiterhin eines tun: Zusammenhalten!